

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter



Angelagerter: die 2. Ausgabe des Monats 10 Pf., die 3. Ausgabe des Monats 15 Pf., die 4. Ausgabe des Monats 20 Pf., die 5. Ausgabe des Monats 25 Pf., die 6. Ausgabe des Monats 30 Pf., die 7. Ausgabe des Monats 35 Pf., die 8. Ausgabe des Monats 40 Pf., die 9. Ausgabe des Monats 45 Pf., die 10. Ausgabe des Monats 50 Pf., die 11. Ausgabe des Monats 55 Pf., die 12. Ausgabe des Monats 60 Pf., die 13. Ausgabe des Monats 65 Pf., die 14. Ausgabe des Monats 70 Pf., die 15. Ausgabe des Monats 75 Pf., die 16. Ausgabe des Monats 80 Pf., die 17. Ausgabe des Monats 85 Pf., die 18. Ausgabe des Monats 90 Pf., die 19. Ausgabe des Monats 95 Pf., die 20. Ausgabe des Monats 100 Pf.

Früher: Wilsdruffer Tageblatt
Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen u. a.

Nr. 85 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Mittwoch 9. April 1924

In schwerer Bedrängnis.

Die Streitgefahr auf der deutschen Reichsbahn ist aus der Gefahr zur Wirklichkeit geworden; namentlich in Süddeutschland und in Hamburg sind die Eisenbahnarbeiter in recht bedeutendem Umfang in den Streik getreten. Auf der Sitzung des Hauptverbandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes ist die Stimmung für einen Kampf um die Lohnerhöhung sehr stark propagiert worden. Verschärft wird die Lage aber noch dadurch, daß auch die Postarbeiter, deren Tarifabkommen mit dem Postministerium gleichfalls vom Kabinett abgelehnt wurde, sich dem Vorgehen ihrer Kollegen von der Eisenbahn anschließen wollen.

Die Regierung ist natürlich in einer sehr schwierigen Lage. Auf der einen Seite hat sie selbst zugegeben oder zugeben müssen, daß der Ende vergangenen Jahres verfügte Lohn- und Gehaltsabbau der Reichsarbeiter und -beamteten teilweise geradezu unerträgliche Verhältnisse schuf und daher baldmöglichst eine Heraushebung dieser lärglichen Entlohnung erfolgen solle. Andererseits steht aber natürlich die gebieterische Forderung im Wege, durch eine Heraushebung der Löhne und damit natürlich auch aller Gehälter das mühsam erreichte Gleichgewicht im Haushalt dieser Betriebe nicht über den Haufen zu werfen. Denn die dadurch entstehenden Mehrkosten einfach durch eine Tarifserhöhung wieder hereinzubringen, hieße den alten, Gottseidank verlassen Weg der letzten Jahre wieder beschreiten. Sind doch überhaupt schon jetzt die Personen- ebenso wie der Gütertarife höher als im Frieden. Man kann also verstehen, daß namentlich Dr. Luther, der für unsere Finanzen verantwortlich ist, sich hartnäckig gegen eine erhebliche Steigerung der Löhne sträubt.

Eine derartige Heraushebung der Entlohnung würde nach zwei Richtungen hin eine starke und keineswegs vorteilhafte Wirkung ausüben. Wird sie wirklich durch Tarifserhöhung, nicht aber durch Ersparnis in anderen Teilen des Wirtschaftsbetriebes veranlaßt, so bedeutet eine solche Tarifserhöhung eine neue Belastung unserer wirtschaftlichen Produktion durch Steigerung der Transportkosten, arbeitet also dem unermüden - und lebensnotwendigen Streben der deutschen Wirtschaft auf Herabsetzung der Produktionskosten und damit der Preise entgegen. Vielleicht würde man dem entgegenhalten, daß unsere Industrie hinsichtlich ihres Beschäftigungsgrades sich in aufsteigender Linie bewegt. Das ist äußerlich gesehen vollkommen richtig. So können manche Zweige unserer Wirtschaft, beispielsweise die Lausitzer Textilindustrie, die Aufträge schon gar nicht mehr erfüllen, so überreichlich wird sie in Anspruch genommen. Aber - und das ist ein ganz großes Aber - fast alles, was produziert wird, wird von dem Inlandsverbrauch aufgesaugt. Die Leipziger Messe, die vor vier Wochen stattgefunden hat, war gut. Die Geschäfte gingen teilweise glänzend; aber - das Auslandsgeschäft war schlecht. Das bedeutet wieder, daß unserem Hochstoffimport ein gleichwertiger Warenexport nicht gegenübersteht, daß wir also die Devisen, die wir für die Einfuhr bezahlen, nicht durch die Ausfuhr in gleicher oder höherer Wertgröße wieder hereinbekommen. Die Industrie arbeitet vielmehr fast nur für das Inland. Und die Ausfuhr, gleichgültig ob es sich um Maschinen oder Stahl, um chemische Produkte oder Luche oder Jucker handelt, stockt gänzlich oder ist sehr unbedeutend. Weil die deutschen Produktionskosten immer noch den Preis über den Weltmarktpreis hinaustreiben. Darum ist der Bedarf an Devisen sehr gestiegen, und an der Berliner Börse ist die Höhe der Zuteilungen schon wieder auf 1 % gesunken, die Handelsbilanz des Februar ist außerdem fast passiv, und daher, nur daher die Gerüchte von einem Bankrott der deutschen Rentenmarktlöhning. Wir leben wieder einmal aus allen Kräften von unserem Vermögen. Aus diesem Grunde ist die größte Gefahr für uns, wenn von irgendeiner Seite her die Produktionskosten vermehrt werden.

Was das Kabinett aber noch weiter fürchtet, das ist die Rückwirkung, die eine Erhöhung der Reichsarbeiterlöhne und der Beamtengehälter auf die Löhne und Gehälter der Privatindustrie notwendigerweise ausüben muß. Auch hier ist das Lohnniveau teilweise derart tief, daß das notwendige Existenzminimum nicht erreicht wird. Nun bedeutet zweifellos gerade in solchen Fällen eine Lohnerhöhung durchaus nicht immer auch eine Steigerung der Produktionskosten, da bei uns insofern eine Lohnerhöhung auch eine gesteigerte Produktion denkbar ist. Aber die Regierung fürchtet wohl vor allem, daß hier durch die Heraushebung der Löhne und Gehälter ein Damm durchbrochen wird und man nicht wissen kann, ob nicht eine Flut die Durchbruchsstelle weiter und weiter reißt und als verheerende Inflationsflut über Deutschlands Wirtschaft sich ergießt. Zudem weiß man im gegenwärtigen Augenblick gar nicht, was gerade aus den Reichsbetrieben wird, was die Berichte der Sachverständigen ihnen und der gesamten deutschen Wirtschaft bescheren werden. Es ist der Preislauf, in dem wir uns seit über fünf Jahren bewegen: hier das Leben wollen, die Existenzberechtigung als Mensch, und dort - der Versailles Friede und alles was hernach kam.

Unsere Lage nach außen.

Was die Minister sagen.
Reichsminister Dr. Marx sprach in Barmen bei einer Versammlung der Zentrumspartei und dann in Obliass.

Vor einem Streik bei der Eisenbahn.

In zwölfter Stunde.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“)
Berlin, 8. April. Bis zur Stunde hat die Organisation der Eisenbahner noch keine Nachricht über die letzten Verhandlungen mit der Regierung, die heute vormittag begonnen haben. Sofern die Regierung den Vergleich nicht zugestimmt, der zwischen dem Verkehrsministerium und dem Verbande der Eisenbahner zustande gekommen ist, wird noch heute nachmittags der Streik proklamiert. Für Berlin ist bereits ein Streikplan ausgearbeitet worden, dem zufolge noch heute jegliche Arbeit eingestellt werden soll. Nur Notstandsarbeiten würden ausgeführt werden. Ueber die Zufuhr von Lebensmitteln nach der Reichshauptstadt sollen Verhandlungen angebahnt werden.

Nur mit Deutschlands Einverständnis.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“)
Berlin, 8. April. Die englische Presse beschäftigt sich heute allgemein mit den zu erwartenden Berichten der Sachverständigen und spricht von einem kritischen Tag nicht nur für die englische Regierung sondern für ganz Europa. In den Sachverständigenberichten sollen im letzten Augenblick Änderungen vorgenommen worden sein, um, wie sich das Blatt ausdrückt, die Pille für Deutschland schmackhafter zu machen. Der Korrespondent dieses Blattes betont, daß die Pariser Kreise es nicht für sonderlich wichtig halten, was Poincaré tun oder lassen möge, sondern, daß man nur eine Furcht kenne, nämlich die Ablehnung des Berichtes durch Deutschland. So ziemlich die ganze englische Presse steht heute auf dem Standpunkte, daß nur mit Deutschlands Einverständnis die Vorschläge der Sachverständigen durchgeführt werden könnten.

London, 8. April. Dem Manchester Guardian zufolge muß nach britischer Ansicht eine Regelung der Reparationsfrage mit Deutschlands Zustimmung erfolgen. Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands müsse wieder hergestellt werden. Es müsse die Kontrolle über seine Industrie und seine Bahnen haben. Die Zollschranken zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet müssen verschwinden.

Streik und Aussperrung bei der Knorrbrumse-W.G.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“)
Berlin, 8. April. Die Aktiengesellschaft Knorrbrumse in Lichtenberg hat heute ihren Betrieb geschlossen. Von den 3000 Arbeitern waren schon vergangene Woche gegen zwei Drittel wegen Lohn- und Arbeitszeiddifferenzen in den Ausstand getreten. Heute sind nun die noch beschäftigten rund 1000 Arbeiter entlassen worden. Die Gesamtbefehlshaber ist aufgefordert worden, sich bis Donnerstag zur Wiederaufnahme der Arbeit zu melden, andernfalls wird die Entlassung ausgesprochen.

Die Pariser Presse über die Stresemannrede.

Paris, 8. April. Die vorgestrigte Rede des deutschen Außenministers wird von den Pariser Blättern lebhaft besprochen.

Er stellte in den Vordergrund seiner Betrachtungen die Lage unserer auswärtigen Politik. Es schein, als ob wir jetzt wieder vorerst und für unser Volkentscheidenden Ereignissen stehen. Die Gutachten der ausländischen Sachverständigen werden bald bekannt sein, und in den nächsten Wochen dürfte auch die Entscheidung der Reparationskommission über die Sachverständigen-Gutachten fallen. Der Kanzler wandte sich dabei scharf gegen die Parteien, welche von nationalstaatlichen Standpunkte die Regierungspolitik angreifen. Politik sei nicht eine Sache des Herzens, sondern Sache ruhiger Überlegung und kalter Überlegung. Dr. Marx hält nichts davon, daß ein Kampf entfesselt wird, zu dem das deutsche Volk keine Nachmittel habe, und sagte schließlich:

Es muß aber einmal mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß kaum etwas mehr den Bestrebungen nationalstaatlicher Phantasien Vorlauf geleistet hat, als das unser nationales Empfinden häufig so stark verlebende Verhalten der Entente, namentlich Frankreichs und Belgiens. Seit Jahren gibt sich Deutschland redliche Mühe, zu einer Verständigung mit der Entente über die von uns zu tragenden Lasten zu gelangen, aber immer sind weitere Bedrückungen die Antwort auf unser Bemühen gewesen. Wenn tatsächlich in Deutschland die nationalstaatliche Welt härter angeschwollen ist denn je, wenn vielfach die Befürchtung gehegt wird, daß der kommende Reichstag durch die Zunahme der extremen Parteien nicht arbeitsfähig sein wird, so wird daran die demagogische Bedrückung Deutschlands durch Frankreich einen großen Teil der Schuld tragen.

In einer Rede, die Reichsminister des Innern Dr. Jarres in Eiberfeld vor einer Versammlung der Deutschen Volkspartei hielt, besprach er gleichfalls die Unterdrückung durch fremde Gewalt Herrschaft, unter der wir leiden, und die geradezu unerträglich sei. Das deutsche Volk werde beim Wahlkampf zu entscheiden haben, ob die ihm zugehenden Zumutungen noch länger angenommen werden könnten.

Interessant ist besonders der gestrige Tempokommentar. Das Blatt zitiert eine Stelle in der Ansprache Stresemanns, die besagt, daß englische Großbanken den deutschen Unternehmungen jeden Kredit verweigern, so lange die Ricumverträge fortbestehen. Der Temps hält diese Äußerung für recht bedenklich und wünscht unter allen Umständen, das von London ein Dementie erfolgt. Von den übrigen Blättern beurteilt das Journal de Debats die Rede Stresemanns sehr scharf. Das Blatt konstruiert einen Zusammenhang zwischen der vorgestrigten Rede Stresemanns und der politischen Kundgebung, die unter Anwesenheit eines deutschen Prinzen in Berlin zur Ungültigkeitserklärung des Versailler Vertrages stattgefunden haben soll. Zum Schluß schreibt das Blatt: Die Führung des Reiches will den Vertrag nicht ausführen. Unter Anspielung auf Stresemann und Marx schreibt das Blatt noch: Die einen bringen ihre Gedanken ungeschweh zum Ausdruck, die andern schlagen einen noch ungefährt fortsetzen Ton an.

Paris und die bayerischen Wahlen.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“)
Paris, 8. April. Das Ergebnis der bayerischen Wahlen hat in Paris eine gewisse Überraschung hervorgerufen und zwar weniger wegen des Misserfolges der Volkspartei, als in erster Linie durch die Stärkung der Kommunisten.

Zum Bankrott in Spanien.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“)
Madrid, 8. April. Die Forderungen der Gläubiger gegen die Bank von Castilien übersteigen 4 Milliarden. Das Privatvermögen des Verwaltungsrates und der Direktion wurde gerichtlich beschlagnahmt.

Er mordung von Amerikanern in Skutari.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“)
New York, 8. April. Die amerikanische Regierung hat an den Konsul der Vereinigten Staaten in Tirana telegraphisch Anweisung ergehen lassen, sofort eine Untersuchung über die Ermordung zweier amerikanischer Reisenden in der Nähe von Skutari einzuleiten.

Umgestaltung der Sowjetleitung.

(Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“)
Riga, 8. April. Wie hier bekannt wird, kehrt der erkrankte Krow nicht mehr auf seinen Posten bei der Obersten Sowjetleitung zurück.

Rücktritt des persischen Premierministers.

Paris, 8. April. Der Daily Mail wird aus Teheran gemeldet, daß der persische Premierminister demissioniert hat.

Der Hafen von Trondhjem unter militärischer Bewachung.

Trondhjem, 8. April. Der Hafen von Trondhjem steht seit gestern unter militärischer Bewachung, um die Arbeiter vor den streikenden Eisenbahnern zu schützen. Die Soldaten haben Befehl, zu schießen, wenn Widerstand geleistet wird. Die Streikenden ziehen durch die Stadt.

Die bayerischen Wahlen.

München, 8. April. Heute vormittag 11 Uhr lag aus dem rechtsrheinischen Bayern das vollständige Wahlergebnis vor. Es erhielten Bayerische Volkspartei 919 587, Sozialdemokraten 433 821, Kommunisten 203 027, Völkischer Block 991 862, Deutscher Block 73 818, Christlich-Sozialer 22 929, Vereinigte Nationale Rechte 197 509, Nationalliberale Partei 29 416, Deutsche Volkspartei 5 535, Beamte 23 984, Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund 207 422, Bayerische Mittelstandspartei 6 823, U. S. V. 2 393, heimatliche Korbauer 7 833, Bauern und Gewerbe Unterfranken 11 022. Beim Volkssenszähl wurden 1 224 017 mit Ja, 1 263 892 Stimmen mit Nein abgegeben.

Der bevorstehende Rücktritt Killings.

Berlin, 8. April. Wie aus München gemeldet wird, schießt das Ergebnis der gestrigen bayerischen Landtagswahlen ein vollständig unklare politische Situation. Wenn auch ein Gesamtergebnis bisher noch nicht vorliegt und wenn die noch ausstehenden Wahlen in der Pfalz eine kleine Korrektur mit sich bringen werden, so steht doch schon fest, daß die jetzige Regierungsmehrheit im Landtage, bestehend aus Bayerischer Mittelpartei und Bayerischer Volkspartei, gebrochen worden ist. Mit einem Verbleiben des Ministeriums Killings ist daher kaum mehr zu rechnen. In bayerischen politischen Kreisen herrscht eine vollständige Unklarheit darüber, wie angeht es der zu erwartenden neuen Parteikonstellation überhaupt eine Regierungsbildung zustande kommen soll. Eine Regierungsbildung ohne Sozialdemokraten, Völkische und Kommunisten erscheint nach der gestrigen Wahl aussichtslos. In parlamentarischen Kreisen spricht man davon, daß bei dieser Lage mit einer längeren Dauer des neu gewählten Landtages kaum zu rechnen sein wird. Man sieht bereits eine parlamentarische Regierung als fast unmöglich an, so daß an ein Beamtenministerium gedacht wird.